

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Laura Neugebauer (GRÜNE)

vom 12. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Januar 2026)

zum Thema:

**Rolle und Einbindung der konfessionellen Hochschulen in die
Haushaltsberatungen**

und **Antwort** vom 28. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 29. Januar 2026)

Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege

Frau Abgeordnete Laura Neugebauer (Grüne)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24860

vom 12. Januar 2026

**über die Rolle und Einbindung der konfessionellen Hochschulen
in die Haushaltsberatungen**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie hat der Senat die konfessionellen Hochschulen Berlins in den Prozess der Beratungen zum Haushalt 2026/2027 eingebunden?
3. Wie viele Austauschtermine mit den konfessionellen Hochschulen haben bisher stattgefunden? Bitte mit Angabe des Datums und der Teilnehmenden.
4. Wie viele Termine für einen Austausch mit den konfessionellen Hochschulen wurden von Seiten des Senats angeboten? Bitte mit Angabe der Anzahl und eventuellen Terminvorschlägen.
5. In welchem Format haben bisherige Austauschtermine mit den konfessionellen Hochschulen stattgefunden?

Zu 1., 3., 4. und 5:

Die für Hochschulen zuständige Senatorin, der Staatssekretär für Wissenschaft und ihre Verwaltung stehen mit den konfessionellen Hochschulen in kontinuierlichem Austausch, der auch die regelmäßige Erörterung finanzieller Entwicklungsperspektiven einschließt. So war u.a. die sich wiederholende Überschreitung des Ansatzes im Landeshaushalt durch die Personalausgaben der Evangelischen Hochschule Berlin und die damit verbundene

notwendige Konsolidierung der Kosten bereits seit dem Jahr 2023, auch, aber nicht nur, in Vorbereitung des Landeshaushaltes 2024/2025 und des Landeshaushalt 2026/2027 immer wieder Gegenstand von Gesprächen sowohl auf der Leitungs- als auch auf der Arbeitsebene.

Am 14. Januar 2025 hat der Staatssekretär die Präsidien der Evangelischen Hochschule Berlin und der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin im Rahmen eines solchen Gesprächstermins über die sich aus der schwierigen Haushaltslage für die konfessionellen Hochschulen ergebenden Folgen informiert. Er kündigte an, dass spätestens ab dem Jahr 2026 Einsparungen zu erwarten seien, die sich im Umfang an den Einsparungen bei den staatlichen Hochschulen orientieren müssten.

Während die staatlichen Hochschulen bereits im Jahr 2025 von erheblichen Einsparungen betroffen waren, erfolgten bei den konfessionellen Hochschulen auch aufgrund der abweichenden Finanzierungssystematik zunächst keine entsprechenden Einschnitte. Die Hochschulen wurden aufgefordert, sich frühzeitig auf diesen Umstand einzustellen und dies bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne für die Jahre 2026/27 zu berücksichtigen. Nach Beschluss des Senats über den Entwurf des Doppelhaushalts des Landes Berlin für die Jahre 2026/2027 wurden die konfessionellen Hochschulen im Juli 2025 vom Leiter der Abteilungen Hochschulen schriftlich über den Beschluss informiert und erneut aufgefordert, diesen bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne für die Jahre 2026/2027 zu berücksichtigen.

Mit Schreiben vom 20. September 2025 wandte sich die Senatorin an die Leitungen der Hochschulen und deren Träger, in denen sie die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für die Finanzierung der konfessionellen Hochschulen adressierte und ankündigte, dass ihr Haus zu Gesprächen sowohl über die Einsparungen im Rahmen des Landeshaushalts 2026/2027 als auch über mittel- und langfristige Perspektiven der Weiterentwicklung des Finanzierungssystems und mögliche Reformbedarfe einladen werde. Diese Gespräche fanden am 19. Dezember 2025 in zwei Terminen mit den Leitungen der Hochschulen und ihren Trägern statt.

Begleitend fand ein regelmäßiger Austausch zwischen den beiden Hochschulen und der Arbeitsebene der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege statt - sowohl zum Doppelhaushalt 2026/2027 des Landes als auch zu den Haushalten der Hochschulen (Telefonate, E-Mails, Teilnahme an und Vorbereitung von Kuratoriumssitzungen der Hochschulen).

2. Welche weiteren Gespräche werden nun nach Beschluss des Berliner Doppelhaushalts mit den konfessionellen Hochschulen geführt, um sie weiterhin einzubinden?

Zu 2.:

In den o.g. Gesprächen am 19.12.2025 wurde zwischen den Hochschulen, ihren Trägern und dem Staatssekretär vereinbart, dass die Hochschulen bis Ende Februar 2026 ein Konzept vorlegen, in dem sie darstellen, wie sie die Ausgaben im Rahmen der Bewirtschaftung ihrer Haushalte reduzieren wollen, um sich der Höhe des Ansatzes im Landeshaushalt 2026/2027 anzunähern. Die Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin hat hierzu bereits im Zuge der Beschlussfassung über ihren Haushaltsplan für das Jahr 2026 wesentliche Maßnahmen ergriffen.

Ab April 2026 wollen Senatsverwaltung, Hochschulen und Träger darüber hinaus Gespräche über mögliche Reformmodelle für das Finanzhilfesystem der konfessionellen Hochschulen aufnehmen.

Berlin, den 28. Januar 2026

In Vertretung
Dr. Henry Marx
Senatsverwaltung für Wissenschaft,
Gesundheit und Pflege